



Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Christoph Maier AfD**
vom 09.01.2026

Bestechungsverdacht im Ausländeramt des Landratsamts Unterallgäu

Medienberichten zufolge wird gegen eine Mitarbeiterin des Ausländeramts im Landratsamt Unterallgäu wegen des Verdachts der Bestechlichkeit und der Falschbeurkundung im Amt ermittelt. Die Beschuldigte soll in den Jahren 2021 bis 2023 eine größere Anzahl von Aufenthaltstiteln ohne Prüfung der rechtlichen Voraussetzungen nach dem Aufenthaltsgesetz erteilt haben und hierfür Gegenleistungen gefordert haben. Das genaue Ausmaß der mutmaßlich rechtswidrig erteilten Aufenthaltstitel sowie die Folgen für den Aufenthaltsstatus der betroffenen Ausländer sind bislang nicht öffentlich bekannt.

Vor dem Hintergrund der staatlichen Verantwortung für die ordnungsgemäße Anwendung des Aufenthaltsrechts sowie zur Bewertung möglicher struktureller Defizite in den Ausländerbehörden ist eine umfassende Aufklärung des Sachverhalts erforderlich.

Die Staatsregierung wird gefragt:

- 1.1 Wie viele Aufenthaltstitel wurden im Zeitraum von 2021 bis 2023 insgesamt im Ausländeramt des Landratsamts Unterallgäu erteilt? 3
- 1.2 Wie viele dieser Aufenthaltstitel wurden im genannten Zeitraum durch die tatverdächtige Mitarbeiterin erteilt? 3
- 1.3 Bei wie vielen der durch die tatverdächtige Mitarbeiterin erteilten Aufenthaltstitel besteht nach Kenntnis der Staatsregierung der Verdacht, dass die rechtlichen Voraussetzungen nicht vorlagen? 3
- 2.1 Welche Arten von Aufenthaltstiteln wurden durch die tatverdächtige Mitarbeiterin im genannten Zeitraum erteilt? 3
- 2.2 Wie viele der ausgestellten Aufenthaltstitel entfielen auf die jeweilige Art des Aufenthaltstitels (Duldungen, Fiktionsbescheinigungen etc.)? 3
- 3.1 Welche Staatsangehörigkeiten haben die Personen, denen die fraglichen Aufenthaltstitel ausgestellt wurden? 3
- 3.2 Wie viele Aufenthaltstitel entfielen jeweils auf die einzelnen Staatsangehörigkeiten? 3
4. Welche Staatsangehörigkeit(en) besitzt die tatverdächtige Mitarbeiterin des Landratsamts Unterallgäu? 4

5.1	Seit wann war die tatverdächtige Mitarbeiterin im Ausländeramt des Landratsamts Unterallgäu eingesetzt?	4
5.2	War die Mitarbeiterin bis zu ihrer Festnahme weiterhin im Landratsamt Unterallgäu beschäftigt?	4
5.3	Wenn ja, in welcher Abteilung?	4
6.1	Welche Erkenntnisse liegen der Staatsregierung dazu vor, welche Beträge die tatverdächtige Mitarbeiterin im Zusammenhang mit der Erteilung von Aufenthaltstiteln mutmaßlich pro Aufenthaltstitel angenommen hat?	4
6.2	Welche Gesamtsumme soll die Mitarbeiterin nach Kenntnis der Staatsregierung im Zeitraum von 2021 bis 2023 mutmaßlich erhalten haben?	4
6.3	Welche Erkenntnisse liegen der Staatsregierung dazu vor, ob die Zahlungen bar oder per Überweisung erfolgt sind?	4
7.1	Welche internen Kontrollmechanismen bestanden im Ausländeramt des Landratsamts Unterallgäu, um die rechtmäßige Erteilung von Aufenthaltstiteln sicherzustellen?	5
7.2	Welche Erkenntnisse liegen der Staatsregierung dazu vor, wie diese Kontrollmechanismen im Fall der tatverdächtigen Mitarbeiterin umgangen werden konnten?	5
7.3	Wie wird sichergestellt, dass die mutmaßlich unrechtmäßig erteilten Aufenthaltstitel überprüft und gegebenenfalls widerrufen werden?	5
8.1	Wie viele der erteilten Aufenthaltstitel wurden bereits widerrufen?	5
8.2	Wie viele der Personen, die mutmaßlich einen Aufenthaltstitel unrechtmäßig erhalten haben, haben die Bundesrepublik Deutschland seitdem verlassen?	5
8.3	Wie viele der Personen, die mutmaßlich einen Aufenthaltstitel unrechtmäßig erhalten haben, wurden nach Kenntnis der Staatsregierung inzwischen eingebürgert?	5
	Hinweise des Landtagsamts	6

Antwort

des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Justiz

vom 10.02.2026

1.1 Wie viele Aufenthaltstitel wurden im Zeitraum von 2021 bis 2023 insgesamt im Ausländeramt des Landratsamts Unterallgäu erteilt?

Im Zeitraum vom 01.01.2021 bis 31.12.2023 erteilte die Ausländerbehörde des Landratsamtes Unterallgäu insgesamt 10432 Aufenthaltstitel (davon Verlängerungen: 6499 und Ersterteilungen: 3933).

1.2 Wie viele dieser Aufenthaltstitel wurden im genannten Zeitraum durch die tatverdächtige Mitarbeiterin erteilt?

1.3 Bei wie vielen der durch die tatverdächtige Mitarbeiterin erteilten Aufenthaltstitel besteht nach Kenntnis der Staatsregierung der Verdacht, dass die rechtlichen Voraussetzungen nicht vorlagen?

2.1 Welche Arten von Aufenthaltstiteln wurden durch die tatverdächtige Mitarbeiterin im genannten Zeitraum erteilt?

2.2 Wie viele der ausgestellten Aufenthaltstitel entfielen auf die jeweilige Art des Aufenthaltstitels (Duldungen, Fiktionsbescheinigungen etc.)?

Die Fragen 1.2 bis 2.2 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Es handelt sich um ein laufendes Ermittlungsverfahren des Polizeipräsidiums Schwaben Süd/West unter Sachleitung der Staatsanwaltschaft Memmingen.

Trotz der grundsätzlichen verfassungsrechtlichen Pflicht, Informationsansprüche des Landtags zu erfüllen, tritt hier nach sorgfältiger Abwägung der betroffenen Belange im Einzelfall das Informationsinteresse des Parlaments hinter den berechtigten Interessen bei der Durchführung strafrechtlicher Ermittlungen zurück. Das Interesse der Allgemeinheit an der Gewährleistung einer funktionstüchtigen Strafrechtspflege leitet sich aus dem Rechtsstaatsprinzip ab und hat damit ebenfalls Verfassungsrang.

3.1 Welche Staatsangehörigkeiten haben die Personen, denen die fraglichen Aufenthaltstitel ausgestellt wurden?

3.2 Wie viele Aufenthaltstitel entfielen jeweils auf die einzelnen Staatsangehörigkeiten?

Die Fragen 3.1 bis 3.2 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Personen besitzen jeweils die Staatsangehörigkeit eines der folgenden Länder: Nordmazedonien, Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo oder Serbien (Stand: 03.02.2026).

Die Untersuchung der betroffenen Fälle ist zum jetzigen Zeitpunkt allerdings noch nicht abgeschlossen. Eine valide Aufschlüsselung im Sinne der Anfrage ist daher noch nicht möglich.

- 4. Welche Staatsangehörigkeit(en) besitzt die tatverdächtige Mitarbeiterin des Landratsamts Unterallgäu?**
- 5.1 Seit wann war die tatverdächtige Mitarbeiterin im Ausländeramt des Landratsamts Unterallgäu eingesetzt?**
- 5.2 War die Mitarbeiterin bis zu ihrer Festnahme weiterhin im Landratsamt Unterallgäu beschäftigt?**
- 5.3 Wenn ja, in welcher Abteilung?**

Die Fragen 4.1 bis 5.3 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Durch Benennung weiterer personenbezogener Daten zu der Tatverdächtigen können Rückschlüsse auf die konkrete Einzelperson möglich werden. Werden etwaige Ermittlungsverfahren gegen Personen bekannt, kann dies zu unabsehbaren, massiven Einschnitten im Leben von Betroffenen führen. Im Übrigen ist zu berücksichtigen, dass während anhängiger Ermittlungsverfahren die verfassungsrechtlich verbürgte Unschuldsvermutung gilt. Zudem kann eine Identifizierung der Tatverdächtigen den Zweck der Untersuchungen gefährden.

- 6.1 Welche Erkenntnisse liegen der Staatsregierung dazu vor, welche Beträge die tatverdächtige Mitarbeiterin im Zusammenhang mit der Erteilung von Aufenthaltstiteln mutmaßlich pro Aufenthaltstitel angenommen hat?**
- 6.2 Welche Gesamtsumme soll die Mitarbeiterin nach Kenntnis der Staatsregierung im Zeitraum von 2021 bis 2023 mutmaßlich erhalten haben?**
- 6.3 Welche Erkenntnisse liegen der Staatsregierung dazu vor, ob die Zahlungen bar oder per Überweisung erfolgt sind?**

Die Fragen 6.1 bis 6.3 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Auf die Antwort zu den Fragen 1.2 bis 2.2 wird verwiesen.

7.1 Welche internen Kontrollmechanismen bestanden im Ausländeramt des Landratsamts Unterallgäu, um die rechtmäßige Erteilung von Aufenthaltstiteln sicherzustellen?

Die Ausländerbehörde des Landratsamtes Unterallgäu führt grundsätzlich Stichproben bei erfolgten ausländerrechtlichen Entscheidungen durch. Bei zu Unrecht erteilten Aufenthaltstiteln werden die betreffenden Ausländer von der Ausländerbehörde angeschrieben und zur beabsichtigten Aufenthaltsbeendigung (Widerruf oder zeitliche Befristung der Aufenthaltserlaubnis, Ausreiseaufforderung) angehört.

7.2 Welche Erkenntnisse liegen der Staatsregierung dazu vor, wie diese Kontrollmechanismen im Fall der tatverdächtigen Mitarbeiterin umgangen werden konnten?

7.3 Wie wird sichergestellt, dass die mutmaßlich unrechtmäßig erteilten Aufenthaltstitel überprüft und gegebenenfalls widerrufen werden?

8.1 Wie viele der erteilten Aufenthaltstitel wurden bereits widerrufen?

8.2 Wie viele der Personen, die mutmaßlich einen Aufenthaltstitel unrechtmäßig erhalten haben, haben die Bundesrepublik Deutschland seitdem verlassen?

8.3 Wie viele der Personen, die mutmaßlich einen Aufenthaltstitel unrechtmäßig erhalten haben, wurden nach Kenntnis der Staatsregierung inzwischen eingebürgert?

Die Fragen 7.2 bis 8.3 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Auf die Antwort zu den Fragen 1.2 bis 2.2 wird verwiesen.

Hinweise des Landtagsamts

Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierweise liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers sowie der Staatsregierung.

Zur Vereinfachung der Lesbarkeit können Internetadressen verkürzt dargestellt sein. Die vollständige Internetadresse ist als Hyperlink hinterlegt und in der digitalen Version des Dokuments direkt aufrufbar. Zusätzlich ist diese als Fußnote vollständig dargestellt.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de/parlament/dokumente abrufbar.

Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de/aktuelles/sitzungen zur Verfügung.